

Organisationen fordern UN-Weltbürgerinitiative UNO-Jubiläum: Bundesregierung soll sich für Weltbürgerinitiative einsetzen

Anlässlich des 75. Jubiläums der Unterzeichnung der UN-Charta am 26. Juni hat der Verein Mehr Demokratie gemeinsam mit den Organisationen Democracy International, Democracy Without Borders und der Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen an die Bundesregierung appelliert, sich bei den Vereinten Nationen für eine Weltbürgerinitiative einzusetzen.

Eine aktuelle Studie kommt zu dem Schluss, dass die Einrichtung dieses Instruments für die weltweite Bürgerbeteiligung rechtlich machbar wäre. Laut der Studie soll sich die Generalversammlung oder der Sicherheitsrat mit Vorschlägen befassen, die von globalen Bürgerkomitees unterbreitet und mit einer ausreichenden Anzahl von Unterschriften aus allen Weltregionen unterstützt werden.

“Globale Probleme wie die Corona-Pandemie und die Klimakrise, die alle betreffen, erfordern globale Lösungen. Die Menschen brauchen eine Möglichkeit, sich auch auf internationaler Ebene einzubringen, zum Beispiel durch eine UN-Weltbürgerinitiative”, erklärt Ralf-Uwe Beck, Vorstandssprecher von Mehr Demokratie.

“Der Vorschlag baut auf den Erfahrungen mit der Europäischen Bürgerinitiative auf. Eine Weltbürgerinitiative soll dazu beitragen, die Menschen näher an die UN und globale Entscheidungen zu bringen”, sagt Daniela Vancic, European Programme Manager von Democracy International.

“Eine Weltbürgerinitiative stellt einen wichtigen Schritt zur Demokratisierung der Vereinten Nationen dar. Wir wollen, dass sich die Bundesregierung dafür einsetzt”, unterstreicht Andreas Bummel, Geschäftsführer von Democracy Without Borders.

“Eine Weltbürgerinitiative hat Charme: Die Zivilgesellschaft kann sich über die Kontinente hinaus einbringen und unsere gemeinsame globale Verantwortung deutlich machen. Wer unseren Planeten retten will, muss gemeinsam und solidarisch handeln. Schon die Charta der Vereinten Nationen spricht nicht von den Regierungen, sondern von den Völkern der Welt”, sagt Detlef Dzembritzki, Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen.

International wird die Forderung nach einer UN-Weltbürgerinitiative von mehr als 200 zivilgesellschaftlichen Gruppierungen und Netzwerken aus aller Welt unterstützt. Im vergangenen Jahr wurde eine internationale Kampagne gestartet.

+ Studie und Hintergrundpapier (4 Seiten) für die Medien: <https://www.mehr-demokratie.de/themen/europa-und-international/international/unwci/>

+ Bei Rückfragen:

Ralf-Uwe Beck, Bundesvorstandssprecher Mehr Demokratie e.V., 0172/7 962 982

Andreas Bummel, Geschäftsführer, Democracy Without Borders, 0172/6712004

Daniela Vancic, European Programme Manager von Democracy International, 0221/66966531

+ Internationale Website: www.worldcitizensinitiative.org

Mehr Demokratie e.V.

Pressesprecherin Anne Dänner Tel.: +49 178/816 30 17 presse@mehr-demokratie.de
www.mehr-demokratie.de www.facebook.com/mehrdemokratie www.twitter.com/Volksentscheid

Greifswalder Str. 4
10405 Berlin